

## Der dritte Anlauf

VON JOSEF JOFFE

Wird der dritte Nahostanlauf des amerikanischen Außenministers Größeres zeugen als die beiden verglichen Vor-Versuche? Allein der demokratische Kalender spricht dagegen. Sowohl in den USA als auch in Israel wird im Spätherbst gewählt. In Washington wird dann eine Ära beendet, und inzwischen wird das Gewicht der Regierung Reagan Tag für Tag dahinschmelzen, was einen geduldigen Kraftakt á la Camp David, der seinerzeit den Frieden zwischen Ägypten und Israel besiegelte, utopisch anmuten läßt. Und die Regierung in Jerusalem, das doppelköpfige Monster einer in sich verfeindeten Großen Koalition, ist schon heute immobilisiert. Premier Schamir und sein Rivale Peres starren auf den Wahltag; ihre Außenpolitik dient zuallererst dem innenpolitischen Positionsgewinn.

Doch gehen die Gründe für die Blockade in Wahrheit viel tiefer - zumal dort, wo kein Wahlkalender die Kreise der Herrschenden stört. Da ist vorweg das Paradox des Status quo. Warum hat er so lange, nämlich seit 1967, gehalten? Die schlechte Antwort ist, daß der Status quo jedem der Hauptbeteiligten weniger Risiken zugemutet hat als der kühne und zugleich schmerzhaft Kompromiß, ohne den der Frieden ein Wunschtraum bleiben muß. Die Ausnahme ist Ägypten, das nach drei verlorenen Kriegen einen scharfen Schnitt zwischen dem arabischen und palästinensischen Konflikt mit Israel zog und in Camp David mit einem Friedensvertrag das eigene Land zurückgewann.

Die anderen Hauptakteure aber haben - bewußt oder unbewußt - dem Status quo den Vorzug gegeben, weil dieser ihnen die Begegnung mit dem Moment der Wahrheit ersparte. Die Israeli konnten sich 20 Jahre lang der Frage entziehen, ob denn der Sechstagekrieg von 1967 nur ein Verteidigungs- oder schon ein Eroberungskrieg war: ob denn ihre Sicherheit - und mehr noch: ihre Demokratie - mit der Dauerherrschaft über Fremde zu vereinbaren sei. Der berühmte „Anruf“ aus den arabischen Hauptstädten, das Angebot von Friedensverhandlungen am siebenten Tag nach Ausbruch des Juni-Krieges, blieb aus, und so wurde aus dem Faustpfand erst ein Sicherheitsvorhof, dann Siedlungsgebiet, schließlich „Judäa“ und „Samaria“.

Die Araber freilich haben sich, allen Lippenbekenntnissen zum Trotz, dem Status quo nicht minder willfährig unterworfen - und wie die Israeli, um sich dem Moment der Wahrheit zu entziehen. Wie so mancher Israeli dem Traum von „Groß-Israel“ nachhängt, so träumt das Regime des Hafez Assad von „Groß-Syrien“ und der Führungsrolle im panarabischen Nationalismus. Der Verlust der Golan-Höhen wiegt demnach geringer als die Risiken eines politischen Geschäfts, in dem Damaskus von alten Dogmen

Abschied nehmen müßte. Verhandlungen mit Jerusalem würden vorweg die Anerkennung des israelischen Existenzrechtes beinhalten, hernach die Räumung jener Spielverderber-Position, von der aus Syrien Macht durch eine unerbittliche Blockadepolitik demonstriert. Die Botschaft ist seit 20 Jahren stets die gleiche: Bewegung nur zu Damaszener Bedingungen.

Die Jordanier müßten ebenso schmerzhaft Entscheidungen treffen. Hussein, dessen Land sich die Westbank 1948 per (nie sanktionierter) Annexion angeeignet hat, müßte von dem Drahtseil herabsteigen, auf dem er 20 Jahre lang jeglichem Votum ausgewichen ist, ohne dabei irgendeine Option preiszugeben. Einen PLO-Staat an seiner Seite will er genausowenig wie die Israeli; freilich wagt er nicht, die Konsequenz zu ziehen und mit Israel über das künftige Schicksal des Streifens zwischen Jerusalem und Jordan zu verhandeln. Sein Leben ist ihm teurer als das Land.

Schließlich die PLO: Zwischen den Terroristen und den Träumern bleibt seit eh und je wenig Raum für jene eiskalten Politiker, die - wie vor 40 Jahren Ben Gurion gegen den „Revisionisten“ Begin - sich gegen die Romantiker durchsetzen und mit dem halben Laib begnügen könnten. Da die Israeli kein Kolonialvolk sind, das sich wie die Algerien-Franzosen in die „Metropole“ zurückziehen könnte, bleibt nur ein Kompromiß zwischen dem jüdischen und palästinensischen Nationalismus. Es gibt freilich einen guten Grund, weshalb ein Arafat nicht in die Rolle eines Realisten wie Ben Gurion schlüpfen kann: Er würde es nicht überleben.

Wen also will Shultz an den Verhandlungstisch zwingen - mit oder ohne internationale Konferenz? Wie mächtig das Paradox des Status quo ist, zeigt allein schon die Tatsache, daß die längste und blutigste Revolte gegen diesen „unhaltbaren und unannehmbaren Zustand“ (Shultz) - die vier Monate alte *intifada* der Westbank-Bevölkerung - bislang keinen der anderen Hauptakteure aus seiner Festung gelockt hat. In der Tat ist auch schwer zu sehen, wie sich die Stimme der Diplomatie im Lärm der Schüsse und Molotow-Cocktails durchsetzen könnte. Und dennoch - da hat Shultz recht - darf die Politik nicht vor dem Status quo zurückweichen. Auch wenn die Israeli diesen Aufstand zurückschlagen - die Zeit der Billigherrschaft ist endgültig vorbei. In einem demokratischen Staat wie Israel taugen die besten Soldaten nichts, wenn die Unbewaffneten bereit sind zu sterben. Es gibt keinen Politikersatz mehr. Freilich scheint dies noch niemand recht begriffen zu haben: weder Schamir noch Hussein, Assad oder Arafat. Shultz mag wie Don Quichotte gegen Windmühlenflügel angehen. Was aber wäre die Alternative?